

Die Schweiz für Expats? Viel normaler, als sie meint

Kaum jemand denkt so viel über ihr Bild im Ausland nach wie die Schweizerinnen und Schweizer



Katja Rost

Im Sommer gehen wir jeweils gerne in den Biergarten des Restaurants «Sonne» in Küsnacht. Der See glitzert. Die Atmosphäre ist entspannt. Kinder sind willkommen. So wie uns geht es vielen ausländischen Fachkräften. Im Biergarten spricht man Hochdeutsch und Englisch. Schweizerdeutsch hört man hingegen selten. Ist dies ein Indiz dafür, dass Expats in der Schweiz keinen Anschluss finden? Dass sie unter sich bleiben müssen?

Tatsächlich kommt eine Studie des Expat-Netzwerks InterNations zum Ergebnis, 70 Prozent der ausländischen Fachkräfte in der Schweiz hätten Schwierigkeiten, Freunde zu finden. 50 Prozent seien vor allem mit anderen Expats befreundet. 30 Prozent nähmen die Schweizerinnen als unfreundlich wahr. Hierzu passend spricht der Journalist David Torcaso wenig schmeichelhaft von «Streber-Ausländern». Seiner Meinung nach haben Expats nur ihre Karriere im Sinn und gefährden damit das *dolce vita* in der Schweiz. Handkehrum hatte die

Schweiz im Ausland immer schon einen negativen Ruf, wie mehrere Stimmen belegen: Laut dem Historiker Georg Kreis wird den Schweizerinnen neben Kleinlichkeit, Humorlosigkeit, Pharisäertum und Introvertiertheit auch Fremdenfeindlichkeit bescheinigt. Dies sei eine Folge der Überfremdungsiniziativen seit den siebziger Jahren. Bereits 1928 hatte Graf Hermann Keyserling geschrieben, die Schweiz sei rassistisch und erhebe den Anspruch, Vorbild für die ganze Welt zu sein. Die ostdeutsche Schriftstellerin Monika Maron formulierte es 1987 besonders drastisch. Für sie ist die Schweiz eine reiche DDR: «Eng, miefig, kleinlich». Diese Fremdbilder stimmen durchaus mit dem kritischen Selbstbild überein, das einige Schweizerinnen von sich selbst haben.

Allerdings gibt es kein Land, das im Ausland ausschliesslich positiv gesehen wird. Zudem besteht gerade in der Schweiz ein besonderes grosses Bedürfnis, sich selbst und den anderen zu erklären, wer man sei. Den Grund für dieses schweizerische Reflektieren benennt der Schriftsteller Kurt Marti: Vor allem kleine Länder sind überdurchschnittlich vom Ausland abhängig und müssen deswegen auf ihren guten Ruf achten. Können es also sein, dass die Schweiz gar nicht fremdenfeindlicher ist als vergleichbare Länder? Sondern dass sie nur besonders ausgiebig darüber diskutiert? Drei Beobachtungen erhärten diese These: Erstens schneiden in der erwähnten Expat-Studie die kulturell



Für Monika Maron ist die Schweiz eine reiche DDR: «Eng, miefig, kleinlich».

ähnlichen Nachbarn der Schweiz - Deutschland, Österreich oder Frankreich - bei der Unfreundlichkeit oder den mangelnden Freundschaften mit Einheimischen genauso schlecht ab. Zweitens entlarvt die Studie grosse kulturelle Unterschiede zwischen verschiedenen Expats. Sind Schweizer Fachkräfte selbst Expats, so integrieren sie sich schnell ausserhalb ihrer Heimat. Hingegen finden deutsche oder amerikanische Fachkräfte - die zwei grössten Gruppen in der Schweiz - auch anderswo oft keinen Anschluss. Drittens gibt es Fremdenfeindlichkeit nicht nur in der Schweiz. An Österreichs Universitäten ist von «Deutschenschwemme» die Rede. Die Zahl der «Piefkes», wie die Deutschen in Österreich despektierlich genannt werden, soll begrenzt werden.

Kurz: Die Schweiz ist unter Expats sicher nicht die beliebteste Destination. Ihre Nachbarn sind es aber auch nicht. Letztere beschäftigen sich nur nicht so sehr mit der Frage, was andere von ihnen denken. Nicht die Fremdenfeindlichkeit, sondern die Reflexion darüber ist eine Schweizer Eigenheit. Selbstbetrachtung hilft bekanntlich, die Dinge zu verändern. Vielleicht wird die Schweiz ja bald herzlicher zu ihren Expats. Dann blühen diese auf, entdecken das *dolce vita* hierzulande. Und werden die Schweiz bald mehr lieben als deren Nachbarn.

Katja Rost ist Soziologieprofessorin an der Universität Zürich.



Showdown Stefan Bühler

Donald Trump erkennt einen Löwen, ein Nashorn und ein Dromedar. Er kann einen Würfel abzeichnen, hört in einer Buchstabenfolge den Buchstaben A problemlos heraus und kann sich kurze Sätze einprägen. Er ist in der Lage, von 100 in Siebenschritten rückwärts zu zählen, kann Fahrrad und Eisenbahn als Fahrzeuge benennen und in einer Minute mindestens elf Wörter mit dem Anfangsbuchstaben F aufzählen. Der US-Präsident hat den sogenannten Moca-Test fehlerfrei bestanden, was seinen Arzt darauf schliessen liess, er sei geistig sehr klar.

Als diese Nachricht diese Woche das untere Gürbetal erreichte, haben wir aufgeatmet. Nicht nur, weil wir geistige Klarheit bei einer Person, die den grösseren Atomknopf besitzt als der nordkoreanische Diktator, prinzipiell begrüssen. Nein, Trumps Moca-Resultat bestätigte uns auch in unserer Schulpolitik, denn im unteren Gürbetal unterrichten wir nach dem Lehrplan 21. Und dieser nennt unter anderem folgende Lernziele: «Die Schülerinnen und Schüler können im Zahlenraum bis 100 von beliebigen Zahlen aus vorwärts und rückwärts zählen.» Sie können «die Aufsicht von Würfelgebäuden (...) zeichnen», «Zuordnungen von Pflanzen und Tieren mithilfe ihrer Merkmale vornehmen» und «einzelne Buchstaben wiedererkennen». Kurzum: Nahezu alle Fragen des Moca-Tests sind bei uns Schulstoff. Und dies nicht erst an der Uni, sondern schon auf der Unterstufe: Alle erwähnten Lernziele gelten bei uns für die erste und die zweite Klasse.

Trump hat mit dem Moca-Test also nicht nur seine geistige Klarheit bewiesen. Er hat nebenbei auch den Nachweis erbracht, dass er bei uns bereits in die dritte Klasse übertreten dürfte und dass folglich jeder Bewohner des unteren Gürbetals nach der zweiten Klasse grundsätzlich zum amerikanischen Präsidenten taugt.

Medienkritik

Wie die «Republik» ihren Penalty verschoss



Michael Furger

Übers Wasser laufen können sie dann doch nicht, die Kolleginnen und Kollegen der «Republik». Das Online-Magazin ist nach vielen Monaten der Selbstbeweihräucherung diese Woche gestartet - und hat Journalismus geliefert. Ganz normalen, soliden Journalismus. Wer hätte das gedacht?

Und die Republikaner haben auch gleich ihre erste Pleite eingefahren. Aber der Reihe nach: Für guten Journalismus müssen grob gesagt zwei Voraussetzungen erfüllt sein. Es braucht erstens gute Journalisten. Leute, die präzise recherchieren, klug nachdenken und griffig schreiben können. Gute Journalisten gibt es einige in diesem Land. Wer anständige Löhne bezahlt - und das kann die «Republik» mit ihrer prallgefüllten Kasse -, bekommt solche Leute. Und so ist es auch. Es arbeiten gute Journalisten bei der «Republik».

Die zweite Voraussetzung ist schwieriger: Es braucht gute Themen, besser gesagt: Leute, die ein Gespür haben für die Temperatur von Themen. Gute Medien schaffen es, Geschichten zu setzen, die heiss sind, sprich: die man sofort lesen will, und nicht solche, die man noch ganz inter-



Gute Medien schaffen es, Geschichten zu setzen, die heiss sind.

essant findet und für später auf die Seite legt (und dann niemals liest). Diese Temperatur hinzukriegen, ist etwas vom Schwierigsten überhaupt, und jede Redaktion scheitert ab und an daran. Aber wer es auf Dauer nicht schafft, driftet in die Beliebigkeit ab und wird zu einem Dozentenfoyer oder zu einem Kuriositätenkabinett.

Temperatur gewinnt man mit einem Primeur oder mit einer herausragenden Story zu einem aktuellen Thema. Ja, Aktualität ist relevant, auch wenn man keine Nachrichtenschleuder sein will. Jeder Leser lebt im Hier und Jetzt. Einen herausragenden Text gab es diese Woche bei der «Republik», eine Reportage über das gespaltene Amerika. Keine brandneue Idee, aber ausgezeichnet umgesetzt. Einige andere waren alter Käse. Der wahrscheinlich dreihundertste Artikel über die Digitalisierung, die vielleicht doch nicht so viele Jobs killt wie befürchtet. Temperatur: am Gefrierpunkt.

Ihre heisseste Story hat die «Republik» dafür verpasst. Das Drama um die schweizerische Nachrichtenagentur SDA passt perfekt ins Weltbild und in die Ansprüche der Redaktion. Die angeblich bösen Verlage, welche die seriöse Faktenfabrik aus ökonomischen Interessen zugrunde reiten. Helden, Schurken, Geld und finstere Pläne. Alles, was sich die «Republik» hochtrabend auf die Fahne geschrieben hat, steckt drin.

Doch die SDA-Story hat am Samstag der «Tages-Anzeiger» gemacht und damit die Kollegen abgetrocknet. Die «Republik» erhielt gleich in ihrer ersten Woche einen Penalty, und hat nicht einmal das Tor gefunden.

Grenzerfahrung

Ein Mythos verblasst



Barbara Hofmann

Der Eishockeyverein HC Ambri-Piotta - kurz: Ambri - gilt als Mythos. Dieser bildet eine kraftvolle Erzählung über Menschen an einem bestimmten Ort. Im Norden des Kantons Tessin ist das besonders wichtig.

Die Leventina serbelt. Die Region wird meist übergangen, nicht erst seit Inbetriebnahme der Neat. Sie kämpft verzweifelt ums Überleben und braucht darum ihre Mythen. Etwa den Eishockeyclub Ambri, der bisher nicht nur das Selbstbewusstsein der Leventiner stärkte, sondern auch das der weniger gut Betuchten im übrigen Tessin.

Ambri stand immer wieder kurz vor dem grossen Durchbruch - und stürzte dann erneut ab. Man kaufte Spieler mit grossem Namen und verdrängte, dass diese am Ende ihrer Karriere standen. Wer Karriere machen will, geht nicht zu Ambri. Trotzdem standen die Fans stets zu ihrem Verein. Der Mythos der rebellischen Jugend in der Curva Sud, die mit der Hymne «La Montanara», Che Guevara und Fackelinszenierungen auf sich aufmerksam machte, half dem Klub, Geld zu verdienen. Jeder Schweizer Eishockey-Fan liebte diese Kulisse. Es gab zwar bei den Spielen von Ambri immer wieder Ausschrei-

tungen, gerade auch bei Derbys mit dem Erzfeind Lugano. Doch was am letzten Sonntag im Spiel gegen Lausanne passierte, ging weit darüber hinaus. Die Fans der Klubs gerieten sich in die Haare, angeblich hätten die Anhänger von Lausanne angefangen. Ob das zutrifft, werden Polizei und Staatsanwaltschaft untersuchen.

Es war ein Nachmittagsspiel, und deshalb waren auch Dutzende von Familien mit Kindern in der Valaccia, wie das Stadion heisst. Dann flogen plötzlich Rauchbomben, Petarden und andere Gegenstände. Die Einzlichtung in der Halle wurde schwer beschädigt, das Leben der Kinder war bei den Ausschreitungen in Gefahr.

Die Mannschaft will darum am 18. Februar vorab Kinder zu einem öffentlichen Training mit Zvierli einladen. Der Anlass soll zu einem von den Spielern unterstützten Fest gegen die Angst werden, sagte Ambri-Präsident, der Ständerat Filippo Lombardi. Zudem sollen kommende Saison die beiden geplanten Nachmittagsspiele aus Sicherheitsgründen vor leerem Gästesektor ausgetragen werden. Ein Novum im Schweizer Eishockey.

Ambri ist letzten Sonntag knapp an einer Katastrophe vorbeigeschlittert. Ob schuldig oder unschuldig: Der Mythos Ambri verblasst. Ambri wird zum mittelmässigen Klub, der es immer wieder knapp in die Play-offs schafft. Das Ambri, das der Klub für viele Tessiner Familien war, existiert nicht mehr. Denn jetzt werden die Spiele auch in der Valaccia zum Sicherheitsrisiko.

Barbara Hofmann ist Korrespondentin für deutschsprachige Medien im Tessin.

NZZ am Sonntag

USA

Heruntergekommenes Washington

Dass der amerikanische Staat in der Nacht auf Samstag temporär dicht machte, passt ins erste Chaosjahr von Präsident Donald Trump. Und natürlich ist die Versuchung gross, ihm auch dafür den schwarzen Peter zuzuschreiben. Vergangene Woche ist ein möglicher Budgetdeal zwischen Republikanern und Demokraten zerbröckelt, nachdem ihn Trump mit seinem bereits notorischen Votum zu «Dreckloch-Staaten» als zu immigrationsfreundlich kritisiert hatte. Nur: Das Gefelsche um die Zwischenfinanzierungen des US-Haushalts bis zur letzten Sekunde wurde zur Spezialität des US-Kongresses, lange bevor Trump nach Washington gekommen ist. In der Vergangenheit waren es in erster Linie die Republikaner, die unter demokratischen Präsidenten sachfremde politische Forderungen an kurzfristige Finanzierungsbeschlüsse hängten. Und es genüsslich in Kauf nahmen, wenn der Staat zumachen musste. Dieses Mal sind es die Demokraten, die sich im polarisierten Washington mit keinem anderen Mittel als der temporären Stilllegung des Staates zu helfen wissen. Sie gehen davon aus, dass die Wähler die Episode im schwindelerregenden Nachrichtenzyklus unter Präsident Trump schnell vergessen werden. Beides ist ein krasser Ausdruck davon, wie heruntergekommen die amerikanische Innenpolitik geworden ist. (azu.)

Verkehr

Der Konflikt zwischen Bahn und Auto ist Geschichte – zum Glück

Bundesrätin Doris Leuthard stellte diese Woche Erweiterungsprojekte im Umfang von 13,5 Milliarden Franken auf dem Schweizer Nationalstrassennetz vor. Die Proteste von Umweltverbänden blieben verhalten, denn die Ausbauten sind eine Folge des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds, dem Volk und Stände vor einem Jahr zugestimmt haben. Ausserdem ist es klar, dass die Bahninfrastruktur überfordert wäre, würden viele Autolenker in kurzer Zeit auf den Zug wechseln – schon jetzt sind die vielen Pannen auf dem Netz der SBB ein Ärgernis. Die Debatte um den Verkehr wird in der Schweiz viel weniger ideologisch geführt als in früheren Zeiten. Das Volk stimmte zwei neuen, langen Bahntunnels durch die Alpen zu – und später auch einer zweiten Autoröhre am Gotthard. Anders ist das wachsende Mobilitätsbedürfnis einer Bevölkerung, die inzwischen 8,4 Millionen Menschen umfasst, nicht zu bewältigen. Negativ ist einzig, wie lange die Planung und die Ausführung grösserer Bauprojekte in der Schweiz dauern. Dass der Zürcher Nordring – auf dem der Verkehr täglich kollabiert – ausgebaut werden muss, erkannte man vor 20 Jahren. Fertig ist das Projekt im Jahr 2025. Bis dann häufen sich die Stautunden. (be.)

SBB

Konkurrenz hilft dem Kunden

Die BLS, das Kleinunternehmen Fairtqi sowie die SOB bringen Apps auf den Markt, die das Billettlösen endlich massiv vereinfachen. Die Programme verfolgen die Fahrt des Kunden und verrechnen automatisch den besten Preis. Die Zeit der unleserlichen Zonenpläne, komplizierten Billettautomaten und Schlangen vor den Schaltern neigt sich dem Ende zu. Noch lassen sich aber längst nicht alle Billette über solche Apps lösen, weil das Tarifsystem in der Schweiz viel zu komplex und voller Spezialfälle ist. Darum ist es gut, dass der Bundesrat bald auch Firmen ausserhalb der Branche den Billetverkauf erlauben wird. Das erhöht den Konkurrenzdruck weiter. Und sorgt dafür, dass das Billettlösen noch viel bedienerfreundlicher wird. (mju.)

Chappatte

No-BILLAG-GENERATIONEN



Der externe Standpunkt

Wie sich Forscherinnen und Forscher politisch mehr einmischen

Gesellschaftliches Engagement gehört nicht zu den Kernaufgaben von Wissenschaftlern und birgt persönliche Risiken. Gerade darum sollten es die Universitäten fördern, **findet Servan Grüninger**

Wissenschaftler mussten sich im vergangenen Jahr viel anhören. Sie sollen weniger dozieren, sich mehr einmischen oder es genauso machen wie bisher – einfach viel besser. In einer Zeit, in der Antintellectualismus und selektive Faktenfeindlichkeit an der politischen Tagesordnung sind, scheinen wissenschaftliches Denken, Faktentreue und Differenziertheit gefragt denn je. Doch die Forderung nach mehr wissenschaftlicher Intervention in der Öffentlichkeit ist zweiseitig – besonders für Wissenschaftler selbst. Auf der einen Seite wird von ihnen verlangt, dass sie sich gesellschaftlich engagieren und sofort ihre Stimme erheben, wenn Fakten missbraucht werden. Auf der anderen Seite sollen sie sich nicht instrumentalisieren lassen und sich bei politischen Auseinandersetzungen strikt neutral verhalten.

Das stellt Forscherinnen und Forscher vor ein grundsätzliches Dilemma: Wer in Auftreten und Handeln rein wissenschaftlich bleibt, wird ausserhalb des akademischen Betriebs kaum beachtet, denn wissenschaftliches Schreiben und Reden ist – aus guten Gründen – nicht massentauglich. Manchmal müssen wissenschaftliche Argumente also zugespitzt werden, um die Menschen dazu zu bringen, einem überhaupt zuzuhören.

Das macht angreifbar. Wer sich als Wissenschaftler pointiert äussert, scheint in den Augen der kritischen Öffentlichkeit schnell einmal im Gefechtsmodus zu sein und muss sich des Vorwurfs erwehren, politische Ideologie über wissenschaftliche Redlichkeit zu stellen. Allerdings sind gewisse wissenschaftliche Fragen derart politisiert, dass jedes noch so harmlose Forschungsergebnis zu einem Politikum wird. Forscherinnen und Forscher, die beispielsweise über die Wirkung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat reden oder über die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, müssen oft erfahren, dass ihre Aussagen in der Debatte

ein Eigenleben entwickeln, sie aus dem Zusammenhang gerissen, verfälscht, missbraucht oder gar gegen ihre Urheber verwendet werden.

Widerstand droht einem gesellschaftlich engagierten Wissenschaftler aber auch aus den eigenen Reihen. Wer sich nicht nur akademisch, sondern auch öffentlich zu Wort meldet, wird bei seinen Forschungskolleginnen und -kollegen nicht unbedingt auf Wohlwollen stossen. Gastbeiträge in Zeitungen, Diskussionen auf Internetplattformen oder die Mitarbeit an politischen Lösungen bringen dem wissenschaftlichen Ansehen im besten Fall wenig. Im schlimmsten Fall sind sie karriereschädigend.

Eine solche Atmosphäre trägt wenig dazu bei, gesellschaftliches Engagement zu fördern – gerade bei Wissenschaftlern, die noch ganz am Anfang ihrer Forschungstätigkeit stehen. Dabei bräuchte es ihre Stimme doch am dringendsten. Sie sind es nämlich, die das Bild, die Inhalte und das Auftreten

der Wissenschaften in den kommenden Jahren und Jahrzehnten bestimmen werden. Doch wer befürchten muss, mit seinem gesellschaftlichen Engagement die eigene wissenschaftliche Arbeit zu torpedieren, überlegt es sich zweimal, ob er sich in der Öffentlichkeit äussern soll.

Ein Rückzug von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der öffentlichen Debatte wäre jedoch fatal. Ein Blick auf die globalen Entwicklungen im Allgemeinen und auf die USA im Besonderen zeigt, was wir davon haben, wenn Wissenschaft und Politik gegeneinander statt miteinander arbeiten: im besten Fall nichts, sonst Trump.

Selbstverständlich darf umgekehrt die Qualität eines Forschenden nicht an seiner gesellschaftlichen Strahlkraft gemessen werden. Heute wie in Zukunft brauchen Universitäten in erster Linie solide Wissenschaftler und nicht wortgewandte Rhetoriker oder politische Aktivisten. Doch es ist störend, wenn wissenschaftliche Einmischung in die Gesellschaft stets gefordert, aber kaum gefördert wird. Universitäten, Forschungsinstitute und Geldgeber sollten das gesellschaftliche Engagement ihrer Forschenden deshalb nicht nur dulden, sondern aktiv unterstützen. Dazu braucht es nicht nur spezialisierte Doktorandenprogramme und Kommunikationstrainings, sondern auch einen Kulturwandel. Akademiker, die sich sowohl als Wissenschaftler wie auch als Staatsbürger verstehen, sollten für diese Haltung nicht bestraft werden.

Die öffentliche Debatte über Wissenschaft verlangt mehr als Dokumentensendungen im Fernseher und Communiqués von Universitäten. Sie verlangt einen Austausch auf Augenhöhe zwischen den Wissenschaften, der Politik und anderen Teilen der Gesellschaft. Das offene Ohr der Politik ist dafür genauso unabdingbar wie der Rückhalt in der Akademie. Sonst bleiben alle Forderungen nach mehr gesellschaftlichem Engagement der Wissenschaften blosse Lippenbekenntnisse.

Servan Grüninger



Servan Grüninger, 27, ist Präsident von «reach», einer jungen Ideenschmiede, welche die Beziehungen zwischen den Wissenschaften und anderen Teilen der Gesellschaft stärken möchte. Grüninger hat einen Abschluss in Biologie und Biostatistik der Universität Zürich und studiert Computational Science an der ETH Lausanne.